

## Eröffnung und Begrüßung

Der neue Leiter der Kritischen Akademie **Gebhard Schwägerl** konnte bei der Eröffnung über 80 interessierte Teilnehmer aus Bayern und Baden-Württemberg an die Kritische Akademie Inzell begrüßen, darunter waren auch Besucher aus Inzell und der langjährige ehemalige Leiter der Akademie, **Wilfried Hess**. Sein Dank galt insbesondere Wolfgang Müller, der das Themenforum inhaltlich vorbereitet hat und eine Reihe kompetenter Referenten gewinnen konnte.

**Jürgen Wechsler**, der Vorsitzende des Vorstands der Stiftung erinnerte bei seinen Begrüßungsworten an die bundesweit einmalige Entstehungsgeschichte der Kritischen Akademie. 1963 wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, um den Beschäftigten der Textilindustrie Angebote für politische und berufliche Bildung, Erholung und Gesundheitshilfen zu machen.

In seiner Zeit als Bezirksleiter der IG Metall in Bayern hat er in mehr als 10 Jahren bei Reisen nach China und anderen Kontakten überwiegend positive Erfahrungen mit den Gesprächspartnern aus China gemacht. Die aktuellen Entwicklungen treffen jedoch die Automobil- und Automobilzulieferindustrie in Bayern. Dabei spielt besonders eine Rolle, dass die wirtschaftlichen Verbindungen nach China sehr intensiv sind. Dadurch hat das Streben Chinas nach technologischer Entwicklung auch hier in Bayern große Auswirkungen.

## Chinas Aufstieg vom Armenhaus zur Fabrik der Welt

**Wolfgang Müller** gab einen kleinen Einblick in seine Vita und berichtete, dass er bereits in den Jahren 1977 bis 1980 in China gelebt und gearbeitet hat. Dort hat er die Anfänge der Reformpolitik miterlebt und war seither sehr in China. Dieses Land zeichnet sich durch große regionale Unterschiede aus. So leben rund 90 % der Bevölkerung im Osten des Landes auf einem Gebiet von rund 43 % der Staatsfläche. In der Mitte und im Westen des Staatsgebietes befinden sich überwiegend Hochgebirge und Wüsten. Dort leben ca. 10 % der Bevölkerung.

Die bayerische Partnerregion Shandong allein hat schon ca. 100 Millionen Einwohner. Diese und alle anderen Wirtschaftsmetropolen liegen fast alle im Osten des Landes und an der Küste des Ostchinesischen Meeres.

Die rasante Entwicklung der Wirtschaftsleistung Chinas lässt erwarten, dass China in den nächsten Jahren die führende Wirtschaftsmacht der Welt wird. Für die Führung in China ist diese Entwicklung ein legitimes Comeback, da China bis weit ins 19. Jahrhundert hinein eine vergleichsweise bedeutende Rolle gespielt hatte. In der Folge der europäischen Kolonialpolitik wurde China von den westlichen Mächten und Japan überrollt und klein gehalten, übernahmen Europa und die USA die Weltmacht.

Chinas rasante Entwicklung hat natürlich auch Schattenseiten. Gravierend ist z.B. die enorme Urbanisierung. Die Städte wachsen mit einer ungeheuren Wucht. Dort befinden sich ca. 800 Millionen Menschen. Mit der Besonderheit, dass dort ca. 20 % davon nicht offiziell gemeldet sind und so in sozialer Ausgrenzung und Armut leben. Gleichzeitig gilt: Die Löhne in China sind in den letzten 15 Jahren spürbar angestiegen. Die Nutzung billiger Arbeitskräfte in China war einmal. Das gibt es nicht mehr. In China ist eine große Mittelschicht entstanden (ca. 300 Millionen Haushalte), gibt es auch sehr viel Reiche und Superreiche. 25 Jahre Wachstum haben hunderte von Millionen Chinesen von der Armut befreit – die es gleichwohl immer noch gibt.

Wie hat China das geschafft? China hat sich andere Staaten zum Vorbild genommen, hat seine Märkte lange Zeit abgeschirmt und dann Schritt um Schritt in der Entwicklung der Wirtschaft gemacht. Dabei ist China deutlich von der „Neoliberalen Lehre“ abgewichen.

Der heimliche Volksvertrag lautet: Die Kommunistische Partei sorgt für Wohlstand und kann solange ungestört das Land regieren.

Durch das Abschotten von Importen und dem Aufbau von Exporten hat China hohe Geldreserven angesammelt, die nun weltweit investiert werden.

Dominante Staatskonzerne, die unternehmerisch gesteuert werden, stehen in Konkurrenz zur Privatwirtschaft. Letztere hat immerhin einen Anteil von 65 % der Wirtschaftsleistung. Sie arbeiten aber auch zusammen und gehen sinnvolle Symbiosen ein. Der Finanzsektor und damit die Kreditvergabe stehen unter staatlicher Kontrolle. Der Staat gibt die „Leitplanken“ in wichtigen Bereichen z.B. Umweltschutz, Sozialversicherungssystem, Innovation u.a. vor.

Chinas Industrie heute ist rückständig und ultramodern zugleich. Ziel ist seit einigen Jahren eine nachhaltigere Entwicklung der Industrie. Der Übergang dorthin wird staatlich gesteuert. Die Fehlsteuerungen z.B. im Bausektor oder die Bewältigung von Überkapazitäten bei Kohle und Stahl durch Schließung von Kohlegruben und das Umsteuern auf erneuerbare Energien (auch Atomenergie) sollen im Zuge der Modernisierung korrigiert werden.

Chinas Stärke war und ist noch ein Heer von billigen Montagekräften. So werden 60 % aller Handy in China montiert. Davon bleibt aber im Land selbst so gut wie nichts hängen. Die Produktivität in China hat sich enorm gesteigert, ist aber im Vergleich mit Deutschland und anderen Ländern bestenfalls auf einem Niveau von 25 %. Viele Arbeiter wandern aber nun bereits in andere Billiglohnländer ab.

China will diese Produktivitätsreserven nutzen, die Wertschöpfung im Land erhöhen, die „alten“ Industrien staatlich abgedeckt umbauen, die bereits vorhandene modernste Infrastruktur nutzen, um Zukunftstechnologien und Zukunftsbranchen zu fördern und bis 2049 zum führenden Industrieland der Welt werden.

In 10 Schlüsselbranchen (von Flugzeugbau bis Biochemische Industrie) wird das Label „Made in China 2025“ vorangetrieben. Sehr oft mit Unterstützung von Firmen aus den USA und Europa.

Gegen diesen Plan (Beispiel Halbleiterindustrie) wenden sich die protektionistischen Maßnahmen der USA und Teilen der EU.

Nachdem China zum größten Automarkt der Welt wurde, hat dies enorme Bedeutung für die deutsche Automobilindustrie, die dort einen großen Teil ihrer Umsätze und Gewinne erzielt. Der beschlossene Umstieg auf Elektromotoren stellt die Deutschen vor enorme Herausforderungen, vor allem, weil sie diese Entwicklung lange negiert und nicht genügend ernst genommen haben. So ist zu erwarten, dass die Produktion von E-Autos in China, nicht mehr in Deutschland stattfinden wird. Die Forderungen der IG Metall nach einer deutschen Batteriezellenforschung und -fertigung wurde bislang ebenfalls ignoriert. Hier befinden sich die größten Hersteller in China, den USA und Süd-Korea.

Die Trump-Regierung hat China zum „strategischen Rivalen“ erklärt. In Deutschland ist man nach der Übernahme von KUKA aufgeschreckt und hat ein EU-Regelwerk zur Prüfung chinesischer Investitionen initiiert.

## Warum chinesische Investoren in Deutschland investieren?

**Stefan Geiger**, Geschäftsführer vom Chinaforum Bayern und **Dipl.-Jur. Alexander Herzog** vom China Center der TU Berlin stellten fest, dass es DEN chinesischen Investor nicht gibt. Herkunft, Hintergrund und Absichten sind sehr vielfältig. Mal handelt es sich um Staatsunternehmen oder Staatsfonds, private Investoren mit oder ohne staatlichen Hintergrund oder um reine Finanzinvestoren. Auch die Herkunft der finanziellen Mittel ist manchmal nicht nachvollziehbar.

Sie schilderten eine Reihe von gelungenen, problematischen und misslungenen Übernahmen, von Fairchild/Dornier über SABA, Waldrich Coburg, Putzmeister, Ledvance, Kuka bis Daimler und Grammer.

Von 2006 (5) bis 2016 (68) ist die Zahl der Investitionen deutlich gewachsen, 2017 war rückläufig (54). Die Geldsummen schwanken auf Grund der Volumina einzelner Transaktionen. Deutschland ist ein Top-Investitionsziel in Europa. Der Schwerpunkt liegt in der Industrie.

Die Übernahmen sollen den Plan „Made in China 2015“ unterstützen, inspiriert von der deutschen „Industrie 4.0“. Deutschland ist attraktiv durch die „Hidden Champions“ (heimliche Weltmarktführer), starke Marken, seinen technologischen Vorsprung in vielen Bereichen und den Zugängen in die EU.

In der Öffentlichkeit überwiegt das Unbehagen bei Übernahmen, die Angst vor Arbeitsplatzabbau oder Schließung von Werken. Das Meinungsbild in der Wirtschaft heißt die chinesischen Investitionen durchaus willkommen. Die Politik hat (endlich) reagiert und fordert gleichwertige Spielregeln.

Denn richtig ist, die Marktzugänge in China sind deutlich restriktiver als in der EU. China soll – so die Politik – keine Investitionshürden senken, sonst hebt die EU seine Hürden an. Das wurde durch die bereits erwähnte „Außenwirtschaftsrechtliche Investitionsprüfung“ seit 2017 bereits getan. Dadurch werden Auslandsinvestitionen strikt kontrolliert, erhebliche verzögert und einer – vermutlich politisch gewollten – Unsicherheit ausgesetzt. Erste Beispiele (COTESA, 50 Herz, Leifeld) zeigen Wirkung.

Zusammenfassung: Mehrheitlich haben sich die Sorgen der Arbeitnehmer nicht bestätigt. Gleichwohl steigt das Risiko mit Dauer der Investition, wenn die Unternehmensentwicklung dauerhaft negativ ist. Aus Partnerschaft ist Wettbewerb geworden. Deutschlands Exporterfolge basieren auf offene Märkte, andererseits will man nicht zusehen, wie chinesische Unternehmen sich die „Filetstücke“ der deutschen Wirtschaft schnappen (z.B. KUKA).

Sigmar Gabriel hat das treffend bewertet: „Das Problem ist nicht, dass China einen Plan hat. Das Problem ist, dass wir keinen haben.“

**Jürgen Wechsler** betonte in der Diskussion, dass nach den Erfahrungen mit den „Heuschrecken“ aus den USA die Gewerkschaften solche Investitionskontrollen gefordert haben. Diese wurden von der Politik jedoch lange abgelehnt, jetzt nachdem nach den USA die Chinesen auf den Plan traten, wurde diese Hürde schnell aufgebaut.

## Deutsche Mitarbeiter und Standorte in den Augen chinesischer Investoren, Chinesische Eigentümer und die Mitbestimmung

**Shuwen Bian**, Dolmetscherin und Mediatorin berichtete von ihren Erfahrungen, wenn sie z.B. bei Tarifverhandlungen mit chinesischen Investoren engagiert wird. Vorab stellte sie fest, dass sich die chinesische Denkweise und Kultur und die deutsche Denkweise und Kultur sehr unterscheiden. Das wird seit ca. 2 Jahren deutlich. Nach den Übernahmen haben die chinesischen Investoren kaum in das operative Geschäft

der Firmen eingegriffen. Das ändert sich allmählich und dadurch kollidieren die kulturellen Unterschiede nun häufiger als früher. Ihre Rolle ist es zunächst, das Vertrauen der beiden Seiten zu gewinnen, um dann kulturell und sprachlich vermitteln zu können.

Chinesen haben eine große Anerkennung gegenüber der deutschen Art zu forschen, zu entwickeln, zu produzieren, Qualität zu sichern usw. Hier gestehen sie ihre Unerfahrenheit ein. Was aber den Umgang mit Kunden, das Marketing usw. betrifft, empfinden sie das deutsche Vorgehen für zu konservativ. Diese Chinesen, erfolgreich und mächtig, kennen ihre Stärke in den wirtschaftlichen und finanziellen Konstellationen. Die Betriebsräte werden von den chinesischen Managern wahrgenommen, aber sie wissen so gut wie nichts vom deutschen Arbeitsrecht und die Mitbestimmungsrechte. Für sie als chinesische Arbeitgeber ist es sehr ungewöhnlich, dass Betriebsräte einfach „Nein“ sagen (können). Diese Direktheit stößt auf kulturelles Unverständnis, ebenso der Hang der Deutschen das Negative so sehr zu betonen.

Sie rätseln, wie sie die deutschen Arbeitnehmer „besser motivieren“ können, sich noch mehr und bedingungsloser für die Firma einzusetzen. Sie vermuten, den Deutschen geht es einfach schon zu gut, um z.B. kurzfristig Überstunden zu machen.

In China ist die Grenze zwischen Arbeit und Privatleben niedriger als in Deutschland. Dadurch entsteht hier eine unsichtbare Mauer auf persönlicher Ebene zwischen Deutschen und Chinesen. Letztere sind erstaunt darüber, dass die Arbeitnehmer ihnen gegenüber misstrauisch sind. Sie glauben von sich, die Guten zu sein, wenn sie eine Firma und Arbeitsplätze retten.

**Wolfgang Müller** hat die Besorgnisse von Betriebsräten und Arbeitnehmern untersucht, die von der Angst vor Werksschließungen, Abfluss von Know-How bis zu Ängsten vor Schaden für die eigene „Marke“ reichen.

Zunächst wurden die Mitbestimmungsrechte, Gewerkschaften und Tarifstandards akzeptiert. Einzelne Angriffe wurden vom örtlichen (deutschen) Management inszeniert. Arbeitsplatzabbau findet bei andauernden Unternehmenskrisen statt, ist aber vergleichbar vorsichtiger als bei anderen Firmenbesitzern. Arbeitsplätze waren wohl in andere Billiglohnländer verlagert, aber kaum direkt nach China. Ein großes Problem für die Betriebsräte ist, dass der chinesische Investor oft „unsichtbar“ ist und wenig/keine Kommunikationskanäle vorhanden sind.

Bei erfolgreichen Unternehmen spielt keine Rolle, wenn es um die Weiterentwicklung geht. Forschung und Entwicklung werden ausgebaut und natürlich auch in China genutzt. Die Standorte in Deutschland werden als Brückenkopf in andere Märkte genutzt, ebenso der Ruf „Made in Germany“ um das eigene Billigimage los zu werden. Die chinesischen Investments sind derzeit keine Gefahr für die Mitbestimmung und die Tarifstandards in Deutschland. Sie sind eine angenehme Alternative, da langfristig ausgeprägt, zu den angelsächsischen Investoren mit ihrem Quartalsdenken.

Wie sich dieser Stand unter Belastungen und in Krisen entwickelt ist natürlich unabsehbar.

In der Diskussion wurden auch negative Beispiele (NBHX, Metz oder die Photovoltaikindustrie) benannt und die Feststellung, dass die Nichteinmischung der Besitzer auch Nachteile haben kann, wenn sie nicht wissen, was ihre Vertreter hier in Deutschland treiben bzw. falsch machen.

## **Spielt China unfair? Warum offene Märkte auch für China gelten müssen.**

**Dr. Sabrina Weithmann** befragte die Zuhörer hierzu. Ein Drittel der Zuhörer keine feste Meinung dazu. Eine knappe Mehrheit der restlichen zwei Drittel war der Meinung, dass China nicht fair spielt.

Den Begriff Fairness zu klären ist – da er ein ungeschriebenes moralisches Gesetz ist – nicht einfach. Fair ist, wenn sich Menschen für die gleichen Grundrechte und –pflichten, sowie für eine angemessene Verteilung von Gütern entscheiden. (Hm, was ist angemessen...?). Demnach ist jemand unfair, wenn er Vorteile genießt, die ihm nicht zustehen.

2001 ist China der Welthandelsorganisation (WTO) beigetreten und hat dabei deren Regelungen zu Zöllen, Subventionen, Preisregelungen, Normen, technischen Vorschriften usw. akzeptiert.

Nach einer Untersuchung 2017 werfen die USA China eine Reihe von Verstößen (erzwungener und unfairer bzw. heimlicher Technologietransfer, Verhinderung von Wunschbedingungen von US-Firmen, Cyber-Angriffe) vor. Im EU Jahresbericht über Handels- und Investitionshemmnisse werden die Bedenken der USA im Wesentlichen bejaht und festgestellt, dass der chinesische Protektionismus zugenommen hat. Allerdings ist hierbei z.B. der Importstopp für bestimmte Abfalltypen enthalten. China hat sich entschlossen, nicht länger als Europas Müllkippe zu dienen.

Aus Sicht der Unternehmen spielt die Frage „fair oder unfair“ keine Rolle. Sie betrachten die unterschiedlichen Verhältnisse in Deutschland und China und stellen zu 53 % fest, dass sie in China mit rechtlichen und regulatorischen Hürden konfrontiert sind. Aus chinesischer Sicht war der Eintritt in die WTO ein sehr mutiger Schritt. Nach langer Zeit der Abschottung sucht China nach seinem eigenen Weg in die Weltgemeinschaft. Beispielhaft ist die Entwicklung bei der Normung von Produkten. Lange Jahre hat China die EU-Normen übernommen (Stecker, Glühbirnengewinde, Gullideckel, Schrauben...). Die Festlegung von Normen ermöglicht es, Macht auszuüben, andere Partner abhängig zu halten. Wie in vielen anderen Bereichen auch, hat China jedoch die Normen an die eigenen Bedürfnisse angepasst und ist nun bei einer Reihe von technischen Produkten und Dienstleistungen in der Lage, eigene Normen zu setzen und so zu dominieren. So erobert China z.B. Indien und andere Länder.

Die Diskussion: Ideologische und politische Auseinandersetzungen werden nicht nur von China auch auf der wirtschaftlichen Ebene geführt (Besuch des Dalai-Lama und die wirtschaftlichen Folgen für die Staaten, die ihn empfangen, Boykott Kubas durch die USA).

Eine Bewertung zwischen fair und unfair ist dadurch nicht möglich. Wir müssen uns fragen, aus welcher Sicht und Ideologie solch eine Bewertung erfolgt. Schon Egon Bahr wusste: Es geht oft nicht um Demokratie, sondern um Machtinteressen.

## **Was bringt Chinas neue Seidenstraße für Europa und die Welt?**

**Prof. Dr. John Neelsen** von der Universität Tübingen schätzt das Projekt „Seidenstraße“ als Teil einer Entwicklung ein, die die Vorherrschaft des Westens beenden und die Machtverhältnisse auf der Erde verschieben wird.

Die großen Player werden künftig China, Indien und die USA sein. Europa, Rußland usw. werden künftig keine große Rolle mehr spielen – so sehen es insbesondere die großen Beratungsfirmen wie Goldman Sachs und andere.

Zwischen China und den USA tobt bereits ein Wettstreit um ca. 200 Staaten als Handelspartner. In diesem Wettstreit ist China schon deutlich im Vorteil.

Die „Neue Seidenstraße“ berührt 62 % der Weltbevölkerung in 65 Staaten.

Sie umfasst Straßen, Eisenbahntrassen (bis zum Duisburger Hafen), Pipelines und Schifffahrtswege für Containerschiffe.

China verbindet dabei eine Reihe von Zielen: Die Anbindung des schwachen Westens an den starken Osten, stärkere und intensivere Handelsbindungen mit den Nachbarstaaten (vor dem Hintergrund schwelender Gebietsstreitigkeiten im Südchinesischen Meer), Sicherung von Transportwegen und Rohstofflieferungen z.B. aus Afrika, Höhere Wettbewerbschancen weltweit, Beschäftigungschancen für chinesische Arbeitnehmer im Ausland, Schwächung des Dollars und damit Stärkung der eigenen Währung, Stärkung Chinas gegenüber bilateralen Bündnissen z.B. TTIP.

Der Westen hat lange Jahre den freien Handel als Instrument benutzt, um seine wirtschaftlichen Interessen zu wahren. So wurden die Machtverhältnisse zugunsten des Westens institutionalisiert.

Nun spürt der Westen, dass Chinas Pläne seine Vorherrschaft in Afrika gefährdet. Die Mitgliedsstaaten der EU sind gespalten. Der Hafen von Piräus wurde durch chinesische Investitionen von Platz 93 auf Platz 30 der weltweit wichtigsten Häfen befördert.

Dadurch hat Griechenland eine eigene Sicht auf die Geschehnisse.

Eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft ist in der Geschichte nur geglückt, wenn die eigene Wirtschaft in gewissem Maße geschützt wurde und die nötige Infrastruktur aufgebaut werden konnte. Das hat der Westen z.B. in Afrika mit seiner Entwicklungspolitik versäumt. Diese muss, angesichts des Projektes „Neue Seidenstraße“ überdacht werden. Eine nachhaltige Entwicklung ist nur durch Staaten, nicht durch private Kapitalgeber möglich. Die Weltgemeinschaft muss darauf achten, dass eine breite Multipolarität anstelle Hegemonie durch Einzelne erhalten bleibt.

### **Schwaches Europa, starkes China: Wie mit den Herausforderungen umgehen?**

Es diskutierten **Alex Höpner**, Handelsblatt München, **Dr. Markus Eder**, Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft, **Jürgen Kerner**, IG Metall Vorstand Frankfurt und **Joachim Hartig**, früher Betriebsrat bei Kion/Linde Hydraulics unter der Leitung von **Dr. Sabrina Weithmann** und natürlich das Publikum.

Entgegen aller „neoliberalen Schulweisheiten“ ist es nötig, dass Deutschland und Bayern eine eigene Strategie zu den Initiativen Chinas entwickeln.

Es ist problematisch, dass sich die EU derzeit zerlegt. Europa muss gestärkt werden. In der Luft- und Raumfahrt ist Europa von den USA abhängig. Deshalb muss sich die EU ihrer eigenen Stärken bewusster werden. Der Umgang mit den USA und Chinas muss überdacht werden. Europa braucht eine gemeinsame Industriepolitik.

Deutschland hat lange Zeit von den offenen Märkten profitiert und die Risiken ausgeblendet.

Allerdings wird mit Schutzmaßnahmen nur Zeit erkaufte. Forschung und Entwicklung müssen vom Quartalsdenken der Finanzmärkte befreit werden. Deutsche Firmen scheuen immer noch das Risiko und erwarten, dass neue Produkte sofort hohe Gewinnmargen erzielen.

Chinas Stärke ist, es geschafft zu haben, hunderte von Millionen Menschen zu bewegen, für eine bessere Zukunft zu arbeiten.

Das Beispiel Airbus beweist, dass Deutschland und die EU einen starken Wettbewerber aufbauen können, wenn langfristig geplant und gehandelt wird.

Die Überheblichkeit vieler Manager hat leider dazu geführt, dass wichtige Entwicklungen wie das Beispiel Elektrobusse für Innenstädte nicht entwickelt wurden. Dadurch ist China heute im Vorteil.

Wettbewerb muss fair gestaltet sein. Im Automobilbau haben wir immer noch einen Vorsprung.

Der bezieht sich lediglich auf die Produktionsverfahren, nicht auf die kommende E-Mobilität. Hier hat es 3 Jahre gebraucht, bis die Automobilhersteller dem Drängen der Politik allmählich entgegengekommen sind.

Europa muss mehr werden als nur ein Wirtschaftsraum.

Die Entwicklung von Elektro- und Brennstoffzellenantrieben in Bayern muss vorangetrieben werden, damit wir die neuen Techniken ebenfalls beherrschen und nicht von anderen Staaten abhängig werden.

Die Medien müssen ein besseres, ausgewogeneres Bild von China zeichnen.

In China würden solche Diskussionsrunden konkreter sein, weil China Deutschland besser kennt, als Deutschland China.

Die Politik ist an vielen Stellen „aufgewacht“ und arbeitet derzeit an Plänen, um den Herausforderungen zu begegnen.

Es bedarf einer langfristigen Industriestrategie in Europa, ein Europa das auf seine Stärken selbstbewusst aufbauen kann.

Konkrete Projekte in den Bereichen Umweltschutz und Energiewende sind denkbar.

Die Politik muss – entgegen ihrer eigenen Ideologie – stärker lenken, steuern und Grenzen setzen.

**Gebhard Schwägerl** bedankte sich bei allen Referenten und Teilnehmern für die spannende und informative Diskussion und beendete das Themenforum.